

Zwei Wege - Eine Katastrophe: Übereinstimmungen und Unterschiede in deutschen Europakonzepten, für die Wolfgang Schäuble und Jürgen Habermas stehen. Flugschrift No. 1 von Hans-Rüdiger Minow. Januar 2016. Als e-book (10,- Euro) oder in Print (18,90 Euro). [Flugschrift hier bestellen.](#)

Umkämpfter Zukunftsmarkt 12.07.2016

BERLIN (Eigener Bericht) - Mit einer heute in Berlin stattfindenden Konferenz versucht die EU deutsch-europäischen Konzernen bessere Ausgangspositionen auf dem Feld der Industrie 4.0 zu verschaffen. Deutsche Unternehmen hatten dort lange Zeit eine Vorreiterrolle inne und bereits einen wichtigen Standard für zukunftssträchtige "Smart Factory"-Anwendungen ("RAMI") entwickelt. Allerdings holten IT-Konzerne aus den Vereinigten Staaten bald auf und schufen sich eine alternative Kompatibilitätsarchitektur ("HIRA"). Die vor allem dem produzierenden Gewerbe angehörenden deutschen Firmen fürchteten deshalb, zur verlängerten Werkbank der US-amerikanischen Internet-Riesen zu werden. Trotzdem ließen sie es aus Sorge um ihre Geschäfte in den Vereinigten Staaten nicht auf einen Handelskrieg um Industrienormen ankommen. Stattdessen vereinbarten die deutsche "Plattform Industrie 4.0" und ihr US-Pendant "Industrial Internet Consortium" eine Zusammenarbeit. Aus ähnlich gelagerten ökonomischen Gründen kam es letztendlich auch nicht zu einem Konflikt mit China, als das in Beijing ansässige Unternehmen Midea jüngst beim Augsburger "Industrie 4.0"-Anbieter Kuka einstieg.

Digitaler Binnenmarkt

Am heutigen Dienstag findet in Berlin die Konferenz "Digitaler Binnenmarkt - Starke Industrie" statt, die der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gemeinsam mit der Europäischen Kommission ausrichtet. Nach Eröffnungsreden von Günther Oettinger, dem EU-Kommissar für "Digitale Wirtschaft", und BDI-Präsident Ulrich Grillo stehen Themen wie der europaweite Zugang zu Daten, die Entwicklung internationaler Standards und Förderprogramme zur "digitalen Transformation" des Mittelstandes auf der Tagesordnung. Vertreter von Politik, Forschung und Wirtschaft halten Vorträge. Auf Seiten der Industrie dominieren Repräsentanten bundesdeutscher Unternehmen; lediglich zwei Redner aus dem Ausland stoßen hinzu.

Antwort auf die US-Dominanz

Die Konferenz versteht sich als Teil der Strategie Brüssels, Europa durch konzertierte Aktionen auf dem Zukunftsmarkt der Digitalen Wirtschaft besser zu positionieren. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket hatte Oettinger bereits im Frühjahr vorgestellt. Die EU stützt sich bei ihrem Vorgehen auf die Studie "Die digitale Transformation der Industrie", welche die Unternehmensberatung Roland Berger im Auftrag des BDI erstellt hat. "Nur wenn Europa eine gemeinsame Antwort auf die bisherige amerikanische Dominanz findet, bleiben europäische Interessen dauerhaft gewahrt", heißt es in der Untersuchung; "zu begrüßen wäre es daher, wenn der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft ein europäisches Bündnis ins Leben rufen würde".[1] Bewältigt die EU die Aufgabe, gemeinsame Standards zu entwickeln, neue Geschäftsmodelle zu etablieren und durch die digitale Transformation einen Effizienzschub einzuleiten, dann sind der Expertise zufolge große Profite zu erwarten. Allerdings verengt das Papier bei diesem Ausblick die Perspektive auf die Bundesrepublik. "Gelingt uns dies, dann könnte die Digitalisierung als Basis-Innovation für Deutschland so segensreich sein wie einst die Dampfmaschine für Großbritannien", lautet der letzte Satz.

Plattform Industrie 4.0

Die Digitalisierung der Wirtschaft treiben in der Bundesrepublik neben Großkonzernen wie Siemens vor allem Unternehmen aus der Automobilindustrie und dem Maschinenbau voran. Autokonzerne etwa arbeiten an selbstfahrenden Wagen, Maschinenbauer entwickeln "Smart Factory"-Lösungen zur weiteren Automatisierung der Produktion, und Bosch schickt sich an, der "Apple der Heizungsbranche" zu werden. Bereits im Jahr 2013 haben die Firmen gemeinsam die "Plattform Industrie 4.0" gegründet. Diese beschäftigt sich unter anderem damit, wie Deutschland "der Fabrikaurüster für die Industrie 4.0 sein kann, wie der Produktionsstandort Deutschland mit Industrie 4.0 seine Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern kann, welche Rolle Deutschland bei der Setzung von Standards spielen kann".[2]

Die USA ziehen nach

Einen Zusammenschluss wie die "Plattform Industrie 4.0" hatte es vorher noch in keinem anderen Land gegeben. Die USA zogen erst ein Jahr später mit dem "Industrial Internet Consortium" (IIC) nach. Dieses unternahm allerdings große Anstrengungen, den Rückstand aufzuholen, so dass Bosch-Chef Volkmar Denner

bald warnte: "Das Konsortium zielt auf schnelle Ergebnisse und will dabei ganz pragmatisch auf Bestehendem aufbauen." [3] Tatsächlich machte sich das IIC, dem schon bald über 230 Firmen angehörten, umgehend daran, einen Standard ("IIRA") zu entwickeln, der für die Kompatibilität von Industrie 4.0-Lösungen sorgt. Damit trat es in direkte Konkurrenz zum bundesdeutschen RAMI-System, das von deutscher Seite eigentlich dazu ausersehen war, die "Lingua franca" im Internet der Dinge zu werden. "Das ist ein wichtiger Beitrag für die internationale Normung - 'Made in Germany'": So hatte etwa das Siemens-Vorstandsmitglied Siegfried Russwurm RAMI, das "Referenzarchitekturmodell Industrie 4.0", gepriesen. [4]

Deutschland: "Kein Hilfsarbeiter"

Dem US-amerikanischen IIC gehören nicht nur weit mehr Unternehmen an als der "Plattform Industrie 4.0", die Firmen entstammen auch einem anderen Bereich: Sie kommen größtenteils nicht aus dem produzierenden Gewerbe, sondern aus der Internet-Branche. Deshalb grassierte bei deutschen Konzernen die Befürchtung, bloßer Teil der Wertschöpfungskette von Google und anderen IT-Riesen zu werden. Damit würden die deutschen Konzerne nicht zuletzt auch "die Möglichkeit verlieren, die Preise zu setzen", warnte der Regierungsberater und vormalige SAP-Chef Henning Kagermann. [5] "Deutschland soll kein Hilfsarbeiter sein", appellierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung. [6]

Kriegsbeil begraben

Im Frühjahr haben die "Plattform Industrie 4.0" und das IIC jedoch "das Kriegsbeil begraben" [7]. Die beiden Organisationen kündigten an, ihre unterschiedlichen Norm-Modelle miteinander abzugleichen; man werde, wie Siemens-Vorstand Russwurm erklärte, in Zukunft "die Voraussetzungen für globale Standards abstimmen und - wo möglich - gemeinsam vorantreiben". Es handelt sich de facto um ein Joint Venture von deutscher Hardware- und US-amerikanischer Software-Kompetenz. Deutsche Fachmedien beklagten allerdings, "Deutschland bzw. das exekutive Organ 'Plattform Industrie 4.0'" hätten "den Vorsprung des 'Erfinders' von Industrie 4.0 nicht für sich nutzen" können; unter der Überschrift "Wird Industrie 4.0 amerikanisch?" hieß es: "Das IIC hat sein Ziel erreicht und ist vom 'Follower' zum gleichberechtigten starken Industrie-4.0-Partner avanciert." [8]

Doppelmitgliedschaften

Es handelt sich jedoch nicht um eine Kapitulation. Die deutschen Konzerne haben eine Güterabwägung zwischen ihrem Streben nach Dominanz auf dem 4.0-Sektor und ihren Wirtschaftsinteressen in den USA vorgenommen und sich dabei für ein kooperatives Vorgehen entschieden, um ihre Absatzchancen dort nicht zu gefährden. Viele Firmen unterhalten mit den US-amerikanischen IT-Konzernen nämlich gute Geschäftsbeziehungen. Bosch beispielsweise liefert den Antrieb für das "Google Car". Deshalb zählt die Gesellschaft auch - zusammen mit 14 weiteren bundesdeutschen Firmen - zu den Mitgliedern des IIC und hat für bestimmte Anwendungen bereits die beiden Standards RAMI und IIRA miteinander kombiniert. Den Wirtschaftskampf gegen das IIC weiterzuführen wäre also für zahlreiche deutsche Unternehmen kontraproduktiv.

Kampf um Kuka

Ähnliches hat sich kürzlich bei den Bemühungen der Bundesregierung gezeigt, den Einstieg des chinesischen Unternehmens Midea bei dem Augsburger Roboter-Hersteller Kuka zu verhindern. Da Kuka zu den deutschen Spitzentechnologie-Fertigern gehört und durch Automatisierungsaufträge wichtige Informationen über Produktionsprozesse bei Konzernen wie Airbus oder BMW besitzt, hatten führende Berliner Politiker die Wirtschaft zum Handeln aufgerufen. "Natürlich fände ich es angemessen, wenn es aus Deutschland oder Europa mindestens ein alternatives Angebot gäbe", erklärte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. [9] Berichten zufolge soll Bundeskanzlerin Angela Merkel Siemens-Chef Joe Kaeser sogar persönlich zu einer Offerte für Kuka aufgefordert haben. Selbst von einer "Lex Kuka" zum Schutz bundesdeutscher Unternehmen vor ausländischen Investoren war kurzzeitig die Rede.

Kein Risiko

Zu all dem kam es jedoch nicht. Das Wirtschaftsministerium erklärte auf Nachfrage, keine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes zum Schutz wichtiger Industriesektoren vor ausländischen Investoren zu planen. Die deutschen Firmen mochten es nicht riskieren, mit einem Einstieg bei Kuka gegen das chinesische Unternehmen Midea ihren ökonomischen Interessen in der Volksrepublik zu schaden.

[1] "Die digitale Transformation der Industrie". www.bdi.eu 01.03.2015.

[2] Hintergrund zur Plattform Industrie 4.0. www.plattform-i40.de.

[3] Bosch will Standards für Industrie 4.0 prägen. www.zeit.de 16.02.2015.

[4] Digitalisierung der Industrie - Die Plattform Industrie 4.0. www.bmwi.de.

[5], [6] Zitiert nach: Matthias Becker: Wer hat Angst vorm Algorithmus? In: konkret 5/2016.

[7] Die Muttersprache der digitalen Welt. www.faz.net 10.03.2016.

[8] Wird Industrie 4.0 amerikanisch? www.elektroniknet.de 22.03.2016.

[9] Voith verkauft Kuka-Anteil an Chinesen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.07.2016.